

KOMMENTAR

Reizthema Kopfpauschale

GESUNDHEIT Reformen bei der Krankenversicherung sind nötig. Doch manchen Vorschlägen fehlt die Glaubwürdigkeit.

In der Gesundheitspolitik wird mit harten Bandagen gekämpft. Die FDP und ein Großteil der CDU fordern eine Umstellung der nach Einkommen erhobenen Kassenbeiträge auf eine lohnunabhängige Gesundheitsprämie. Die Kritiker schmähen dieses Modell als Kopfpauschale, das klingt nach Kopfgeld und weckt Ängste. Dabei gibt es Gründe, über Reformen nachzudenken. Nur, um es vorweg zu sagen: Den Verfechtern einer Gesundheitsprämie fehlt die Glaubwürdigkeit, dass sie es mit dem sozialen Ausgleich ernst meinen.



VON GUSTAV NORGALL, MZ

Diskutieren Sie mit: www.mittelbayerische.de/forum

cherung abschließen. Über aus Steuermitteln finanzierte Zuschüsse könnte von Staats wegen sichergestellt werden, dass sozial schwächere Schichten nach wie vor im Krankheitsfall abgesichert sind. Zwischen CSU und FDP wird heftig darüber gestritten, wie viel Geld für diesen Ausgleich benötigt würde. Allenfalls zehn Milliarden Euro, wie Gesundheitsminister Philipp Rösler verspricht, oder über 35 Milliarden, wie die CSU warnt?

Egal wo die Wahrheit liegt: Fakt ist, dass die Liberalen Steuersenkungen jetzt und in Zukunft verlangen. Wie passt das zusammen? Einerseits verspricht die FDP, mit ihrem Modell würden die Bezieher von Zins- oder Mieteinnahmen über die Steuern an den steigenden Gesundheitskosten beteiligt. Andererseits will man die Gutverdienenden in diesem Land entlasten. Beides wird nicht gehen. Der Patient wünscht sich zu Recht eine gesamtheitliche Behandlung. Nicht nur am Symptom soll herumgedokktert werden, sondern an den Ursachen der Krankheit. Auch die Politik braucht einen ganzheitlichen Ansatz: Geld kann nur einmal ausgegeben werden.

Noch dazu muss geklärt werden, wer festlegen soll, wem ein Zuschuss zu seiner Gesundheitsprämie gewährt werden soll. Müssen Millionen Bürger ihre Einkommensverhältnisse einer Gesundheitskasse offen legen? Gerade für liberale Politiker müsste das eine Horrorvorstellung sein. Das Fazit kann daher nur lauten: Politiker, lasst die Finger von einer Kopfpauschale, sondern reformiert das Gesundheitssystem lieber Schritt für Schritt. Bezieht Privatversicherte in die Solidarität ein und erstattet zum Beispiel aus Staatsmitteln den Kassen das Geld für Leistungen für mitversicherte Familienangehörige. Eine Wunderheilung des Gesundheitssystems wird es so nicht geben, aber eine langsame Erholung ist vielleicht dafür von Dauer.

Die Verteidiger des bisherigen Systems verweisen gerne darauf, dass es ungerecht sei, wenn der Pförtner künftig die gleiche Kopfpauschale bezahlen soll, wie der Manager des Unternehmens. Dieses Argument ist großteils blanker Unsinn. Die sehr Gutverdienenden in diesem Land haben sich aus der Solidarität der Krankenversicherung schon längst verabschiedet. Viele, die ein Gehalt über der Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 3750 Euro verdienen, sind in eine private Krankenversicherung gewechselt. Genauso wie Selbstständige und Beamte genießen sie die Vorteile einer Zweiklassen-Medizin: Sie erhalten schneller einen Arzttermin, werden öfter mal bei der Medikamentierung mit aufwendigeren Mitteln versorgt oder bekommen Chefarztbehandlung.

Die solidarischen Leistungsträger im Gesundheitssystem sind die Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen. Sie zahlen sehr hohe Beiträge, finanzieren über ihre gesetzlichen Kassen die Versorgung ärmerer Einkommenschichten mit und erhalten immer schlechtere Gegenleistungen. Warum also nicht umsteuern? Schließlich kostet die eigentliche Blinddarmentzündung beim Manager genauso viel wie beim Pförtner. Warum kein einheitlicher Beitrag für Grundleistungen? Wer mehr will, soll eine Extra-Versi-

WEITERE KOMMENTARE

Holzhammermethode: Bußprediger sorgt mit KZ-Vergleich für Eklat und muss zurecht auf Sünderbank. [SEITE 7](#)

Sicherheit: Die Sauerland-Gruppe war hochgefährlich. Ist islamistischer Terror die größte Gefahr im Land? [SEITE 6](#)

PRESSESTIMMEN

Münchener Merkur

Zum Rechtsruck in den Niederlanden: „An Problemen, Missverständnissen und offenen Fragen zwischen Christen und Muslimen mangelt es nicht. Eben deshalb sind Auseinandersetzungen mit dem Islam wichtig, aber sie müssen auf Augenhöhe erfolgen. Doch genau das vermeidet Wilders. Er predigt Fremdenhass und tut so, als würde er Holland gegen mittelalterliche Herden verteidigen. Es spielt mit der Angst der Menschen und dumpfen Vorurteilen, die er kräftig schürt. Er vergleicht den Koran mit Hitlers ‚Mein Kampf‘, nennt den Islam faschistisch und die Kriminalität muslimischer Jugend ein Produkt ihrer Religion und Kultur. Das ist Schwachsinn.“

Handelsblatt

Die Düsseldorf Zeitung zu Griechenland: „Dass es sich lohnt, hart zu bleiben und den Druck auf Athen aufrechtzuerhalten, zeigt die erfolgreiche Platzierung einer griechischen Anleihe am gestrigen Tag. Auch der Wille der EU, die Defizitkontrolle künftig schärfer zu fassen, wird eine Rolle spielen. Damit sind die Refinanzierungsprobleme Athens aber nicht gelöst, denn bis April sollen weitere 20 Milliarden Euro über Anleihen eingesammelt werden. Dennoch scheint das Gegengift aus Reformen und Sparen zu wirken.“

Frankfurter Rundschau

Das Blatt zum Sauerland-Prozess: „Das Düsseldorf Urteil belegt, dass die bestehenden Befugnisse in Deutschland ausgereicht haben. Dass es keines deutschen FBI bedurfte hätte, wie es die große Koalition geschaffen hat. Und dass selbst solch technisch versierten Tätern auf die Schliche zu kommen ist, ohne dass die Telefonverbindungsdaten aller Bürger ohne Anlass für sechs Monate gespeichert werden.“

LANDESZEITUNG

Das Blatt zum Sauerland-Urteil: „Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie zitiert sich: Vor mehr als 30 Jahren kam der Terror der RAF aus der Mitte der Gesellschaft. Die Kinder des Bürgertums ermordeten Repräsentanten der Bundesrepublik – vorgeblich, für das, was sie taten; tatsächlich, für das, was sie waren. Gestern wurden die Sauerland-Terroristen verurteilt, deren Kern von Konvertiten gebildet wurde. Die gefährlichsten Gotteskrieger greifen nicht von außen an, sondern kommen mit samt ihrem Hass ebenfalls aus der Mitte unserer Gesellschaft. Die Geständnisse der Sauerland-Terroristen legte die Wurzeln ihres Hasses bloß: Die Frustration sozial nicht Integrierter, die Haltlosigkeit familiär Belasteter.“



Schröders Geniestreich

Karikatur: Luff

Interesse des Staats überwiegt

STRAFRECHT Die deutschen Behörden haben keine Wahl: Sie müssen die CD kaufen, die ihnen die Namen von Steuerhinterziehern liefert. Hehlerei ist das nicht.

AUSSENANSICHT



PROF. TONIO WALTER

Stafrechtsexperte und Jura-Professor an der Universität Regensburg sowie SPD-Stadtrat in Regensburg (Foto: altfoto.de)

Die deutschen Behörden haben nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, die CD zu kaufen. Denn wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass eine Straftat begangen wurde, haben sie zu ermitteln, und das heißt auch: Beweise zu sichern. Von dieser Pflicht gibt es Ausnahmen – aber nicht in unserem Fall. Natürlich dürfen sich die Beamten nicht selbst strafbar machen. Doch das tun sie auch nicht.

Oft wird behauptet, der Kauf der CD sei eine Hehlerei. Das ist schon deshalb falsch, weil man nur Sachen hehlen kann. Die Daten sind keine Sachen, und die CD wurde vom Informanten – sehr wahrscheinlich – nicht gestohlen.

Denken könnte man noch an eine Beteiligung an Straftaten des Informanten. Doch dazu müsste sich der strafbar gemacht haben. Maßgeblich ist allein das deutsche Recht, denn die Beteiligung an einer Tat ist bei uns nur strafbar, wenn dies auch für die Tat gilt. Der Paragraf, den alle nennen, erfasst den Verrat von Geschäftsgeheimnissen, hier: der Bank. Jedoch ist umstritten, ob er auch beim Verrat illega-

ler Geheimnisse gilt, wie sie auf der CD zu finden sind. Die meisten Juristen behaupten das. Mich überzeugen sie nicht. Dunkle Geschäftsgeheimnisse gehören aufgedeckt – auch zugunsten der lauterer Konkurrenten!

Selbst wenn man das anders sieht, hat der Informant eine Rechtfertigung, den Notstand. Denn er schützt das Interesse Deutschlands an seinen Steuern und daran, Straftäter zu fassen. Und dieses Interesse überwiegt deutlich das Interesse der Bank, ihre – aus unserer Sicht – Straftaten zu verheimlichen.

Zwar rechtfertigt Notstand nur ausnahmsweise, wenn jemand zugunsten des Staates handelt. Schließlich wollen wir keine selbsternannten Hilfsheriffs, die Wohnungen durchsuchen oder die Post öffnen. Doch um so etwas geht es hier nicht. Hier geht es schlicht um die Weitergabe von Informationen über Straftaten. Und wenn die verboten wäre, bliebe Wirtschafts-

kriminalität noch öfter ungeahndet; denn niemand dürfte mehr eine Anzeige erstatten, wenn er zum Beispiel erfährt, dass seine Firma Gift in einen Fluss geleitet hat.

Ein Einwand lautet noch, der Informant wolle nicht helfen, er wolle nur Geld. Mag sein; aber auf das Motiv kann es nicht ankommen. Wenn ein Hund ein Mädchen anfällt, dann handelt kraft Notstands straflos, wer den Hund erschießt – auch wenn ihm das Mädchen egal ist und sein Motiv nur aus Hass auf den Hundebesitzer besteht. Sonst wäre er bei Strafe verpflichtet, das Mädchen sterben zu lassen.

Schließlich: Selbst wenn man meint, der Informant wäre strafbar, handeln die deutschen Beamten korrekt. Denn auch ihnen steht eine Rechtfertigung zur Seite, nämlich ihre Befugnis „Ermittlungen jeder Art vorzunehmen“, wie das Gesetz sagt. Unangenehme Maßnahmen haben oft besondere Voraussetzungen, etwa eine Hausdurchsuchung. Ein Kauf zählt nicht dazu.

Es wäre auch seltsam. Denn niemand bestreitet, dass man die CD notfalls mit Gewalt beschlagnahmen dürfte, wenn sie auf anderem Wege nach Deutschland käme. Und da soll es unzulässig sein, sie zu kaufen?

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen



- 01 „Nockherberg“** Michael Lerchenberg stellte als Bruder Barnabas einen Nazi-Vergleich an. Es hagelt Kritik.
- 02 „Germany's next Topmodel“** Bei der fünften Staffel ist Nadine Höcherl aus Rettenbach (Lkr. Cham) dabei.
- 03 „Meterhohe Wellen“** Rund acht Meter hohe Wellen haben vor Spanien ein Kreuzfahrtschiff getroffen. Ein Deutscher kam dabei ums Leben.
- 04 „Wirbel beim Jahn“** Nach seinem Rauswurf beim SSV Jahn sagt Franz Gerber, dass er bleiben will.

Garten-Tipp

Auf den braunen Knospen von Rhododendren kann sich schnell ein schwarzer Pilz bilden. Deswegen sollten diese Knospen immer entfernt werden. Eine regelmäßige Kontrolle ist sinnvoll.

www.mittelbayerische.de/garten



Video des Tages

Jimi Hendrix ist zurück: Knapp 30 Jahre nach seinem Tod erscheint mit „Valleys of Neptune“ eine Compilation mit zwölf bisher unveröffentlichten Songs.

www.mittelbayerische.de/video

facebook -Thema

Politiker schlagen Griechenland vor, Staatseigentum zu verkaufen – zum Beispiel unbewohnte Inseln. Wie findet Ihr das?

Reaktionen der User:

Diese Idee ist zwar merkwürdig, aber wenn Privatpersonen daran interessiert wären, könnte Griechenland die Staatskassen ein wenig füllen. *Max*

Und diese Inseln damit für die Öffentlichkeit unzugänglich machen und indirekt die unberührte Artenvielfalt der Inseln vernichten? Wie wär's erstmal damit, die nach der Euroeinführung stark gestiegenen Renten zu kürzen? *Arnold*

Diskutieren Sie weiter mit der Online-Redaktion der Mittelbayerischen unter www.facebook.de/mittelbayerische